

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 15 (1925)
Heft: 30

Rubrik: Politische Wochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

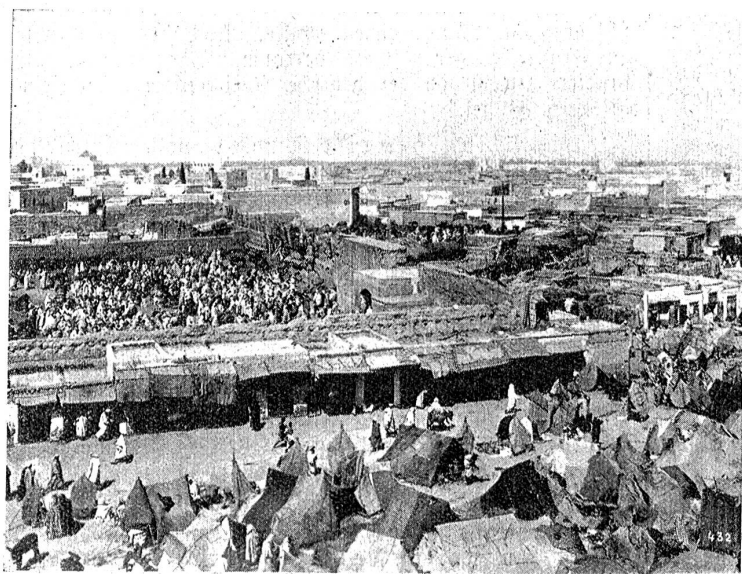
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Wochenschau.

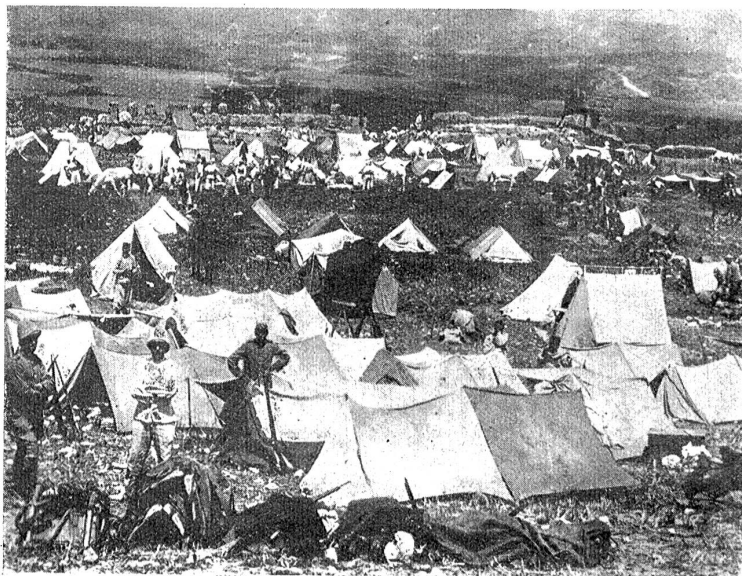
Marokko.

Frankreich macht bedeutende Anstrengungen, in Marokko eine Schlappe zu vermeiden. Noch bevor der neue Kommandant der Marokkotruppen, General Naulin, sich mit seinem Stabe eingeschifft hat, fliegt Marshal Bétain nach Rabat hinüber. Rabat ist die marokkanische Hafenstadt, von der aus die Bahn nach der Hauptstadt Fes führt. Das „Echo de Paris“ stellt in Abrede, daß Bétain wegen plötzlicher Verschlimmerung der Lage nach Marokko gesandt worden sei. Er sei nur deshalb dorthin beordert worden, weil die Regierung entschlossen sei, den Rifkrieg so rasch als möglich zu einem siegreichen Ende zu führen. Nun, ob mit Flugzeug oder mit dem Schiff, sicher ist, daß Lyautey jetzt durch Bétain ausgeschaltet worden ist; diese rigorose Maßnahme gegenüber dem verdienten Leiter der afrikanischen Politik Frankreichs läßt gewisse Schlüsse zu über die Gefährlichkeit der Situation vor Fes. Abd el Krim weiß natürlich, daß in Madrid über ihn und die ihm zu gewährenden Friedensbedingungen konferiert wird. Und er weiß auch, daß er von Friedensunterhandlungen wenig zu erwarten hat, wenn er sie beginnt, ohne Fes in den Händen zu haben. Darum verdoppelt er seine Angriffe auf diese Stadt, die durch den Abfall verschiedener Stämme schwer bedroht erscheint. Die französischen Hilfstruppen sind erst im Anmarsch, die Umgruppierung der spanischen Truppen im Gang. Die Rifleute wissen, daß sie keine Zeit zu versäumen haben. Nach Painlevés Erklärungen an die Presse vom Montag wäre die Konsolidierung der Kampffront in Marokko schon so weit fortgeschritten, daß ein Durchbrechen Abd el Krims nicht mehr in Frage kommen kann. Wie weit dieser Optimismus berechtigt ist, werden die nächsten Tage lehren. General Naulin selber bezeichnet die Lage als ernst. Man dürfe nicht vergessen, daß der Kampf in einem Gebiete höchster Hitze stattfindet und daß die Straßen wenig zahlreich und höchst primitiv seien.

Die spanisch-französischen Verhandlungen sind soweit beendet, als die gemeinsamen Friedensbedingungen an die Rifleute festgelegt sind. Sie stehen Abd el Krim zur Verfügung, wenn er sie haben will.



Zu den Kämpfen in französisch-Marokko.
Der Marktplatz von Marrakech. Im Inneren des Bazars werden Rekrutierungen vorgenommen.



Vom französischen Feldzug gegen die Rifkabylen. — Ein französisches Seldlager in Marokko.

Auch mit England ist man einig betreffend Verhinderung des Waffenschmuggels in der neutralen Tanger-Zone. Die eingeborne Militärpolizeitruppe, sowohl französischerseits wie auch spanischerseits, ist verdoppelt worden.

Aus Amerika kommt die Meldung, daß sich zirka 100 amerikanische Flieger in französische Dienste anwerben lassen werden. Mit Entrüstung dementiert aber die französische Heeresleitung, daß die Franzosen schon mit dem Gas-krieg begonnen hätten.

Eine rasche Konsolidierung der Marokkofront wird zur dringenden Notwendigkeit angesichts der eben aufgelegten

Caillaux-Anleihe.

Geht es in Marokko schief, so schlägt auch diese jeh! und Frankreich steht wieder vor der finanziellen Katastrophe. In Paris und in allen andern französischen Gemeinden hängen schon seit Tagen die Mauern voll von Anschlägen, die zum Zeichnen der Anleihe aufmuntern. „Wertbeständig“ und „Goldanleihe“ scheinen das Publikum zu faszinieren. Man begreift das im Hinblick auf die schlimmen Erfahrungen, die es mit dem Papierfranken gemacht hat. Aber auch wenn die Anleihe gelingt, so ist das Finanzproblem noch nicht gelöst. Im Dezember werden weitere 10 Milliarden Schatzscheine fällig und im Jahre 1926 sogar 46 Milliarden. Dann erst muß es sich zeigen, ob der Wundermann Caillaux das bis heute genossene Vertrauen des französischen Volkes weiterhin bewahren kann.

Die französischen Kantonalwahlen vom letzten Sonntag

bestätigen im allgemeinen die letzten Gemeindevahlen im Juni. Es waren die General- und Arrondissementräte zu wählen, zirka 3000 an der Zahl. Die Radikalen und Radikalsocialisten, die Stützen des bisherigen Regierungsblokes, verzeichnen die meisten Gewinne. Aber noch ist damit für die künftige Regierungspartei nichts entschieden. Ohne die Sozialisten geht das Linkskartell als Plattform der „großen Drei“, Painlevé, Caillaux, Briand, endgültig in die Brüche. Die drei Monate Parlamentsferien können aber noch unerwartete Entscheidungen reifen, auch bei den Sozialisten, die gelernt haben, mit den Tatsachen zu rechnen.



Vom französischen Feldzug gegen die Rifkabylen.
Ein französischer General empfängt Nachrichten von den Häuptlingen der treugebliebenen Stämme.

Die deutsche Antwortnote an Briand ist letzten Montag durch den deutschen Botschafter von Hoersch am Quai d'Orsay überreicht worden. Ihr Wortlaut wurde am Mittwoch veröffentlicht.

Sie ist weniger schlimm, als man sie sich vom Hörensagen her vorgestellt hat. Man darf es Briand glauben, daß er von ihr befriedigt sei; er hatte sie wohl anders erwartet. Sie ist tatsächlich sehr maßvoll gehalten und enthält sich jeder Zweideutigkeit oder offensiven Forderung. Sie betont den Willen der deutschen Regierung im Geiste des Entgegenkommens und der friedlichen Verständigung verhandeln zu wollen. Von einer internationalen Konferenz ist darin nicht die Rede. Doch wünscht Stresemann Aufklärung über die Frage, ob die Alliierten durch den Sicherheitspakt bestehende Verträge zu verewigen wünschen oder nicht. Die deutsche Regierung ihrerseits betrachtet es als selbstverständlich, daß die Möglichkeit bestehen bleiben soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlicher Uebereinkunft zu gegebener Zeit den Verhältnissen anzupassen. In diesem Punkte wird Deutschland sicher keinen ernstlichen Widerstand erfahren; denn die Möglichkeit der Revision von geschlossenen Verträgen ist ja im Völkerbundsakte, der nach Deutschlands Beitritt oberstes Gesetz wird, stipuliert. Im fernern wünscht Deutschland, daß die Alliierten sich mit ihm zur Auffassung bekennen, daß in allen Fällen der Unstimmigkeit, z. B. wenn Deutschland beklagt ist, seiner Reparationspflichten nicht genügt zu haben, das Schiedsgerichtsverfahren vor den gewalttätigen Repressalien angewandt werde. Auch hier wird Deutschland die Meinung der vernünftigen Welt auf seiner Seite haben; denn gerade darin besteht ja der Sinn der Schiedsgerichtsabkommen und des Völkerbundsaktes, daß zuerst untersucht und erst nachher entschieden und executiert werden solle. Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrifft, den die Alliierten zur Bedingung machen, so will sich die deutsche Regierung dieser Forderung nicht prinzipiell entgegenstellen. Doch macht sie nochmals ihre Bedenken geltend betreffend die Verpflichtungen, die der Art. 16 der Satzungen mit der Sanktionspflicht bei kriegerischen Verwicklungen für Deutschland mit sich bringt. Ein entwaffnetes Deutschland müßte im Kriegsfall notwendigerweise der Lummelplatz fremder Heere werden.

Dieser Punkt wird zweifellos am meisten zu reden geben. Er setzt zu einer befriedigenden Lösung geradezu die allgemeine Abrüstung voraus; denn die Franzosen werden kaum ein verstärktes deutsches Heer zubilligen. Aber vielleicht hat der kluge Briand auch hier schon die Formel

gefunden. Sein Optimismus, der glaubt, in 14 Tagen werde er die Deutschland befriedigende Antwort zustande bringen, wäre sonst nicht begreiflich.

Wie zur Bestätigung dieser zukunftsreichen Auffassung vollziehen Frankreich und Belgien mit großer Beschleunigung die auf den 15. August befristete

Räumung der Ruhr.

Schon sind Gelsenkirchen, Bochum, Hattungen, Recklingen, Witten und Duisburg geräumt. Mit klingendem Spiel zogen die Truppen ab; es kam zu keinerlei Zwischenfällen. Man erzieht aus diesem reibungslosen Abzug der Franzosen, daß die unter Poincarés Regime so mit Haß geladene Atmosphäre doch recht entgiftet worden ist. Das gibt doch wiederum tröstliche Perspektiven für eine künftige deutsch-französische Verständigung.

Die Pariser Kundgebung der hundert Politiker, Generale, Dichter und Künstler zugunsten dieser Verständigung hat zwar in Deutschland noch kein gläubiges Echo gefunden. Den Nationalisten kommt sie natürlich sehr unangelegentlich und ihre Zeitungen verschweigen sie. Sie werden auch kaum den kürzlich stattgehabten Fememordprozeß in Schwerin-Mecklenburg zu Reklamezwecken verwenden. Eine ganze Reihe von geheimnisvollen Morden ist durch diesen Prozeß aufgeklärt worden, mindestens sieben Fälle, begangen an „Verrätern“, die der völkischen Mordorganisation „Stahlhelm“ den Rücken gefehrt hatten, und die man „verschwinden“ ließ, weil sie gefährliche Mitwisser der völkischen Mordtaten waren. Ein solches Opfer völkischer Feme war der junge Hellmuth Holz, der seinerzeit dem Freikorps Korbach angehörte, aber dann aus der Organisation austrat, weil er das Treiben dieser Leute nicht mehr mitmachen konnte. Plötzlich, 1922, verschwand er, und erst 1924 fand man seinen Leichnam. Die Mörder, vier ehemalige Offiziere, sind zum Tode verurteilt.

Der Schweriner Prozeß wurde sehr geheim geführt. Das Warum erfährt man jetzt: Außenpolitische Bedenken. In Mecklenburg waren nämlich Tausende von völkischen Verschwörern als Landarbeiter auf den Gütern verteilt. Im Herbst 1923 sollte von dort aus losgeschlagen werden. Die Revolution sollte über Berlin, Sachsen, Thüringen nach Bayern vorgetragen werden, wo man den Hitlergardien aus München die Hand reichen wollte. Doch der Plan wurde an Frankreich gegen Geld verraten. So wenig moralisch fundiert erweist sich der deutsche Nationalismus auf seinem aktivsten Flügel.

Die Stinnes-Krise ist noch in voller Entwicklung. Der Konzern hat alle seine Bankbeteiligungen liquidieren müssen. Ferner hat er die Beteiligung am Baroper Walzwerk aufgegeben, die Hotelinteressen, die Del-Hafenanlagen an der Unterelbe, große Waldbestände u. verkauft.

Ihm folgt Krupp nach; es verlautet sogar, die Firma werde sich außer Landes begeben, nach Spanien, wo das Essener Werk schon früher Fuß gefaßt habe.

Die Aufwertungsfrage ist vorläufig entschieden; Hindenburg hat gegen die Erwartungen seiner Partei, die Unterschrift unter das Gesetz gegeben. Die Staatsanleihen werden nur bis maximal auf 25 Prozent des Goldwertes aufgewertet; mehr hätte den Staat zu schwer belastet und sein Budget aus dem Gleichgewicht gebracht.

In Karlsruhe wurde letzten Sonntag die Schweizer Kunst-Ausstellung eröffnet. Sie soll einen vorzüglichen Eindruck machen. Seit kurzem ist eben diese Stadt als die erste Deutschlands mit der Schweiz (Basel) direkt durch einen regelmäßigen Flugdienst verbunden.